



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

Leiharbeiter sollen künftig EU-weit vom 1. Tag an mit der Stammbesellschaft eines Unternehmens gleich gestellt werden. Dies gilt nicht nur für den Lohn, sondern auch für die Arbeitsbedingungen, wie etwa Ruhezeiten oder den Zugang zu Kinderkrippen. Ohne die Zustimmung der Sozialpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeber) darf es keine Abweichung von diesem Grundsatz geben. Eine entsprechende Richtlinie hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit in zweiter und letzter Lesung beschlossen. Sie muss innerhalb von drei Jahren von den EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Der Abstimmung waren jahrelange Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat vorausgegangen. In Deutschland verdienen die 670.000 Leiharbeiter noch immer 20 bis 40 Prozent weniger als Festangestellte. Durch die Richtlinie steigt nun der Druck auf die CDU/CSU, der SPD-Forderung nach einer Verbesserung der Situation der Leiharbeiter in Deutschland zuzustimmen.

Mit besten Grüßen

Konsequenzen aus Finanzkrise ziehen

Die Zeit der Absichtserklärungen ist vorbei. Jetzt müssen Taten folgen. EU-Kommissionspräsident Barroso ist in der Pflicht dafür zu sorgen, dass aus der Finanzmarktkrise europäische Konsequenzen gezogen werden. Dazu zählt die Regulierung von Hedge Fonds und Private Equity ebenso wie strengere Bilanzvorschriften für Finanzinstitute.

Daher sprechen sich die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (SPE) für eine Verschärfung der EU-Bankenrichtlinie aus. Bilanzen der Finanzinstitute müssen in Zukunft alle Risiken widerspiegeln. Eine Auslagerung in Zweckgesellschaften darf es nicht länger geben. Außerdem sollten Kredite an hochspekulative Hedge Fonds mit mindestens 40 Prozent Eigenkapital unterlegt werden.

Auch bei der Verbriefung von Krediten macht sich die SPE für deutlich mehr Risikobewusstsein stark. Wenn Finanzinstitute Kreditrisiken weitergeben, dann sollten sie mindestens 20 Prozent des Risikos selbst in den Büchern behalten. Die von der EU-Kommission in diesem Zusammenhang vorgeschlagene Grenze von 5 Prozent ist viel zu gering. Die SPE strebt daher eine deutliche Erhöhung des Selbstbehaltes bei Verbriefungen an.

Des Weiteren muss es bei Aufsichtsfragen eine stärkere Zusammenarbeit der nationalen Behörden geben. Vorgeschlagen sind Aufsichtskollegien für grenzüberschreitend tätige Finanzinstitute. Diese müssen, bei Streitfragen verbindlich entscheiden können. Darüber hinaus will die SPE eine europäische Registrierung und Kontrolle von Rating-Agenturen und ein Verbot von ungedeckten Spekulationen auf fallende Aktienkurse (Leerverkäufe) durchsetzen. Auch eine stärkere persönliche Haftung von Finanzmarktakteuren sowie Sanktionen bei individuellem Fehlverhalten werden diskutiert.

EU-Entsenderichtlinie überarbeiten

Das Europäische Parlament hat sich für eine Überarbeitung der EU-Entsenderichtlinie ausgesprochen. Es ist damit der Forderung der Sozialdemokratischen Fraktion gefolgt. Die Reform ist wichtig, um sicherzustellen, dass entsandte Arbeitnehmer nicht schlechter gestellt werden als heimische Beschäftigte. Das Motto gleiche Arbeit, gleicher Ort, gleicher Lohn muss für alle gelten.

Der verabschiedete Initiativbericht ist die Reaktion des Europäischen Parlaments auf die jüngsten Urteile des Europäischen Gerichtshofs zur Tarifautonomie und zum Streikrecht. Dem Wettlauf um die niedrigsten Löhne und den geringsten Arbeitnehmerschutz in Europa muss endlich ein Ende gesetzt werden.

Dafür gilt es, Gesetzeslücken in der Entsenderichtlinie zu schließen und Interpretationsspielräume beim Vergaberecht einzugrenzen. Marktfreiheiten dürfen nicht über den Arbeitnehmerschutz gestellt werden. Gleichzeitig soll das Recht auf Streik als elementares Grundrecht anerkannt werden. Die SPE-Fraktion erwartet von der EU-Kommission nun rasch einen entsprechenden Reformvorschlag.

Fit für Europa?

Unter allen richtigen Antworten zu der folgenden Frage die uns per E-Mail **bis Ende der nächsten Woche** erreichen, verlosen wir zwei Frühstückstassen.

Frage: Wofür steht die Abkürzung EuGH?

- a) Europäischer Gemeinschaftshaushalt
- b) Europäisches Gewerkschaftshaus
- c) Europäischer Gerichtshof

Der Gewinner vom letzten Mal ist **Knut Schneider** aus **Geisenheim**. Zypern liegt als einziger EU-Mitgliedstaat geographisch nicht in Europa.

Europäisches Parlament
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel: 0032 2 28 45342
Fax: 0032 2 28 49342

Europabüro
Fischerfeldstraße 7-11
D-60311 Frankfurt
Tel: 069 299888510
Fax: 069 299888511

www.udobullmann.de
udo.bullmann@spd.de